Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 80 — Halver, Donnerstag, 3. April 1952 — 1952

Ziel: Steigerung der Erzeugung

Deutscher Produktivitätsrat gebildet

Arbeiten zuerst bei der Industrie, dann bei Handel und Handwerk - Prof. Erhard Vorsitzender

wl. Bonn, 2. April

Mittwoch wurde in Bonn der „Deutsche Produktivitätsrat" gegründet. An der konstituierenden Sitzung im Bundeswirtschaftsministerium nahmen Vizekanzler Blücher, Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard, Bundesarbeitsminister Storch und Mr. Michael Harris (Leiter der MSA), sowie Vertreter von Industrie und Gewerkschaft teil.

In einem amtlichen Kommuniqué heißt es, daß alles getan werden müsse, um die Produktion zu steigern, damit vor allem der nationale Bedarf an Ernährung, Kleidung und Wohnraum aus eigener Erzeugung sichergestellt werden kann. Dem Deutschen Produktivitätsrat gehören Vertreter der Bundesregierung, der Unternehmer und Gewerkschaften sowie der Mutual Security Agency (als Nachfolger der Marschall-Organisation) an.

Der Deutsche Produktivitätsrat hat zunächst folgendes Arbeitsprogramm beschlossen:

1. Förderung aller Maßnahmen zur Produktionssteigerung, insbesondere der Rationalisierung in den Betrieben und des Erfahrungsaustausches unter den Betrieben,
2. Auswahl von Firmen, die für die Durchführung von Maßnahmen zur Produktionssteigerung Beispiel und Vorbild sein sollen,
3. Förderung der Berufsausbildung und Nachwuchsschulung,
4. Verbesserung der Lohnsysteme (Leistungs-, Prämienlöhne usw.), sowie Förderung der betrieblichen Sozialpolitik,
5. Kredit- und steuerpolitische Maßnahmen zur Leistungssteigerung,
6. Förderung der wirtschaftlichen Forschung,
7. Gewinnung der Oeffentlichkeit für den Gedanken der Produktionssteigerung.

Die Arbeiten werden zunächst bei der Industrie beginnen, sollen sich aber später auch auf Handel, Handwerk, Verkehrswesen sowie Land- und Forstwirtschaft erstrecken. Vorsitzender des Deutschen Produktivitätsrates ist Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard. Zu den Mitgliedern gehören unter anderem der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Dr. Raymond, sowie von Gewerkschaftsseite Wilh. Gefeiler (IG Chemie), Hans vom Hoff (DGB), August Schmitt (IG-Bergbau) und Bernhard Tacke (IG Textil).

Pinay gewinnt die erste Runde

dmt. Paris, 3. April

Die französische Nationalversammlung billigte mit 363 gegen 224 Stimmen die Debatte über den Artikel 6 der Finanzvorlage des Ministerpräsidenten Pinay. Im Artikel 6 sind die Einsparungsmaßnahmen der Regierung niedergelegt. Mit der Billigung wurde die erste Abstimmung des Nachmittags, in der Pinay mit großer Mehrheit unterlegen war, hinfällig. Gegen die Regierung stimmten die Sozialisten, die Kommunisten und etwa 20 Volksrepublikaner. In der ersten Abstimmung am Nachmittag war die Debatte mit 432 gegen 187 Stimmen abgelehnt worden.

Das französische Außenministerium kündigte Mittwoch an, daß der Vertrag über die Europaarmee Ende dieses Monats vorliegen und dann sofort den beteiligten Regierungen übermittelt werden würde.

Nordrhein-westfälisches Schulgesetz angenommen

Elternrecht festgelegt — Schulaufsicht bleibt beim Staat

dmt. Düsseldorf, 2. April

Mit 110 gegen 95 Stimmen bei einer Enthaltung nahm der nordrhein-westfälische Landtag am Mittwoch das Schulgesetz an. Für das Gesetz stimmten CDU, Zentrum und ein FDP-Abgeordneter. Gegen das Gesetz wandten sich die SPD, KPD und die FDP-Abgeordneten, von denen sich noch einer der Stimme enthielt.

Das Gesetz verankert das Elternrecht zum Bestimmen der Schulform. Es gliedert die Volksschulen in katholische und evangelische Bekenntnisschulen, Gemeinschaftsschulen und bekenntnisfreie Weltanschauungsschulen. Die Aufsicht führt der Staat, doch hat die Kirche das Recht, den Auftrag für die Erteilung des Religionsunterrichtes zu geben und Einsicht in den Religionsunterricht zu nehmen.

Hamburger Attentats-Verdächtiger verhaftet

Nach München abtransportiert — Immer neue Namen

dmt. München, 2. April

Der in Hamburg festgenommene kaufmännische Angestellte Gerd R., der des Attentats auf Bundeskanzler Dr. Adenauer verdächtigt wird, ist am Mittwoch nach München gebracht worden, nachdem der Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Das Ergebnis der Untersuchungen über den Verhafteten wird von der Polizei bisher verschwiegen. Das gesamte Belastungsmaterial ist von der Hamburger Polizei dem vom Bundesinnenminister eingesetzten Münchner Sonderkommando übergeben worden.

Der Attentatsverdächtige wechselt ständig seinen Namen. Nachdem er sich erst Gerd Reiter und dann Karl-Georg Reiter genannt hatte, gab er Mittwoch bei den Vernehmungen durch die Polizei wiederum einen anderen Namen an. Er erzählte zuletzt, er stamme aus dem Sudetenland. Die Hamburger Polizei bemüht sich, Klarheit über ihn zu gewinnen. Er soll eine große Aehnlichkeit mit dem gesuchten Attentäter haben.

Tunesische Regierungsbildung abgeschlossen

Pinays Erklärung trägt zur Entspannung bei — Zwei Tunesier getötet

dmt. Tunis, 2. April

Der neue tunesische Ministerpräsident Baccusch, der seine Regierungsbildung abgeschlossen haben soll, wird sein Kabinett am Donnerstag dem Bay von Tunis vorstellen. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, gehören der Regierung Baccusch sieben Minister an. Die als Minister in Aussicht genommenen Persönlichkeiten sollen hohe tunesische Beamte ohne Parteizugehörigkeit sein. Die Namensliste wird ebenfalls am Donnerstag bekanntgegeben werden.

Politische Kreise in Tunis erklären, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten Pinay zur tunesischen Frage den Tunesiern gezeigt habe, daß die gesamte französische Regierung hinter der jetzigen Politik stehe.

Das Verfahren, nach dem die in dem Reform-Programm vorgesehene „Tunesische Versammlung" ernannt werden soll, wird am 24. April von einer gemischten Kommission erörtert werden, in die ausschließlich Franzosen delegiert werden sollen, die in Frankreich wohnen.

In Tunis kam es in den letzten Stunden zu mehreren Zwischenfällen, bei denen zwei Tunesier getötet worden sind.

Jüdische Delegationen wünschen 13 Milliarden Mark

In der Hauptsache in Warenlieferungen — Verhandlungen noch bis Ende Juni

dmt. Bonn, 2. April

Die deutsche Delegation der Wiedergutmachungskonferenz im Haag hat am Dienstag Staatssekretär Professor Hallstein Bericht erstattet. Wie sie berichtet, fordern die jüdischen Delegationen insgesamt etwa 13 Milliarden Mark in Devisen und Waren.

Sie setzen sich zusammen aus 4,2 Milliarden Mark für Eingliederungskosten für eine halbe Million Juden, die unter der Naziherrschaft in den Staat Israel eingewandert sind; die Weltorganisationen fordern für Schäden, die jüdischen Personen zugefügt wurden, 2,1 Milliarden Mark. Ferner wünschen die Gesprächspartner eine Verbesserung der Wiedergutmachungsgesetze, die zwischen 6 und 8 Milliarden Mark ausmachen würde.

Die Delegation ist am Mittwoch nach den Haag zurückgefahren, um bis Ostern die erste Phase der Verhandlungen, die Feststellung der jüdischen Forderungen, abzuschließen. Nach einer kurzen Osterpause beginnt im Mai der zweite Teil der Verhandlungen, der etwa zwei Monate dauern wird.

Aus Regierungskreisen verlautet, daß die Bundesregierung die Ansprüche in kurzer Zeit befriedigen will, damit auch die älteren jüdischen Opfer in den Genuß der Mittel kommen. Die Wiedergutmachung wird zur Hauptsache aus Waren bestehen, während ein kleiner Teil in Devisen bezahlt werden kann.

Westdeutsche Geschäftsleute in Moskau

dmt. Moskau, 2. April

Nach einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass sind vier deutsche Kaufleute aus der Bundesrepublik in Moskau eingetroffen, um an der am Donnerstag beginnenden internationalen Wirtschaftskonferenz in Moskau teilzunehmen.

Atomale Musik

Heute ist Musik oft, wenn man trotzdem zuhört. Denn aus der atonalen ist inzwischen die atomale Musik geworden. In Oak Ridge fand die feierliche Uraufführung eines Musikstückes statt, das sich „Ouvertüre zur Einweihung eines Atom-Ofens" nennt. Wie die „New York Times" schreibt, handelt es sich dabei um „die erste musikalische Komposition, die durch die Atom-Energie inspiriert worden ist".

Der also Inspirierte, der Komponist Arthur Roberts, ist eigentlich Physik-Professor von Beruf. So lag es für ihn nahe, allerhand physikalische und chemische Formeln zur Grundlage seiner musikalischen Schöpfung zu machen. Plutonium etwa hat die Atom-Zahl 94, so sah sich der Komponist veranlaßt, die zwischen 9 und 4 liegende Differenz als Quinte musikalisch umzumünzen. Klarinetten ließen ein Thema anklingen, das die Atom-Zahl von Uran zur Grundlage hatte, während, wie es heißt, die Oboen durch Geiger-Apparate ersetzt wurden. Die Noten a, e und c wurden besonders häufig geehrt, da sie die Anfangsbuchstaben der „Atomic Energy Commission" bilden.

Bei der Uraufführung waren alle Chancen für eine zutiefst mitgefühlte Wiedergabe vorhanden. Das Oak - Ridge - Symphonie - Orchester besteht nämlich größtenteils aus Atom-Technikern, für die Zuhörerschaft bei der Uraufführung galt ungefähr dasselbe. Der Direktor der Physikalischen Abteilung, Dr. Snell, äußerte anschließend, diese Musik habe dasselbe erregende Gefühl vermittelt, das er immer habe, wenn ein neuer Atom-Ofen „angedreht" würde.

Dr. Weinberg, ein Laboratoriums - Forscher, meinte, die Verwandtschaft zwischen der Instrumentierung und der Atom-Energie sei besonders deutlich geworden, als die Zimbeln erklangen, um den Beginn der Ketten-Reaktion anzuzeigen. Und mit dem ganzen Stolz über sein so wohlwollend aufgenommenes Kunstwerk gestand der Komponist anschließend, es handele sich insofern um eine ernsthafte Musik, als sie auch wertvoll sei „ohne Kenntnis des Programms". Allerdings, so räumte er großzügig ein, sei sie nicht eigentlich feierlich, sondern, „in gewissem intellektuellen Sinne humoristisch".

Ein gewisses „intellektuelles" Manko scheint uns nur darin zu liegen, daß bei der Uraufführung dieser humoristischen Ouvertüre keine Vertreter derjenigen japanischen Städte zugegen waren, die schon einmal das Finale dieser Ketten-Reaktion mitanzuhören Gelegenheit gehabt haben. Hat man vielleicht befürchtet, sie hätten es an dem nötigen Humor fehlen lassen?

T. G.

Die außenpolitische Debatte

Von
Josef Schelz

Debatten über außenpolitische Probleme rükken den Bundestag regelmäßig in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Bevölkerung ist sich in zunehmendem Maße darüber klar geworden, daß bei diesen Gelegenheiten ein Zipfel des großen künftigen Geschehens gelüftet wird. Selbstverständlich hört das Ausland besonders aufmerksam auf diese Manifestationen der deutschen Absichten, und die Vertrauenswürdigkeit einer Regierung hängt nicht selten von ihrem Ergebnis ab. Verantwortungsbewußte Politiker wissen das und legen ihre Worte bei solchen Gelegenheiten mehr denn je auf die Goldwaage.

Die „Politik der einsamen Entschlüsse", für unseren Bundeskanzler und Außenminister charakteristisch, bringt es mit sich, daß die außenpolitischen Debatten in Bonn zumeist Auseinandersetzungen über Geschehnisse sind, die schon vorher ins Rollen kamen, wenn auch letzte Entscheidungen noch ausstehen. Die heutige Debatte im Plenum wird sich vorwiegend um zwei Punkte bewegen: das Saarproblem und die westliche Antwort auf die sowjetische Note, an deren Zustandekommen Dr. Adenauer einen nicht unwesentlichen Anteil gehabt haben dürfte. In beiden Fragen scheiden sich die Geister nicht nur nach Regierung und Opposition, sondern der Kanzler hat auch aus dem eigenen Lager Widerspruch zu erwarten.

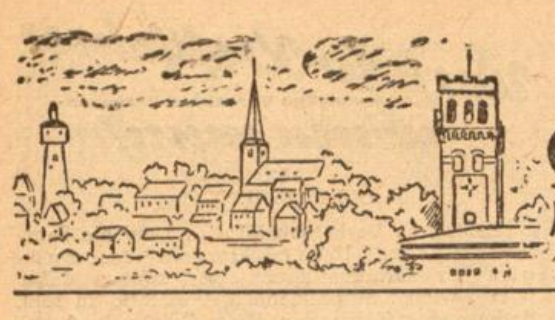
Gegen die Saarpolitik Dr. Adenauers macht sich auch in den eigenen Reihen eine wachsende Skepsis bemerkbar. Man empfindet es als falsch, dem neu zu wählenden Saarlandtag die Entscheidung über das Schicksal der Saar zu überlassen, und neben der SPD vertritt vor allem auch die FDP den Standpunkt, daß durch die Volksabstimmung des Jahres 1935 geltendes Recht geschaffen wurde, d. h., daß die Saar definitiv in die Grenzen Deutschlands einbezogen worden sei. Auch die Deutsche Partei kritisiert die Abschwächung des deutschen Standpunktes in der Saarfrage.

Die Schweizer Zeitung „Die Tat" hat dieser Tage unmißverständlich ausgesprochen, daß die sogenannte Einigung über die Saar in Wirklichkeit gar keine Einigung sei, weil sich jeder der Partner etwas anderes davon verspreche. „Man will zu dritt eine Untersuchung über die Möglichkeit freier Wahlen im Saargebiet veranstalten", schreibt das Blatt. „Nun weiß man, daß die Regierung Hoffmann ein Gesetz im Landtag durchgedrückt hat, wonach im Saargebiet keine neuen politischen Parteien zugelassen werden, die den Anschluß an Deutschland befürworten. Da aber die französische und die saarländische Regierung den wirtschaftlichen Anschluß des Saargebietes an Frankreich und dessen politische Unabhängigkeit als ein Axiom betrachten, an dem nicht zu rütteln ist, und da man in Westdeutschland gerade aus den Saarwahlen in diesem Herbst ein Plebiszit für den Anschluß an die Bonner Republik machen möchte, ist nicht einzusehen, wie sich die Parteien einigen könnten. Entweder werden keine wirklich freien Wahlen zustande kommen, dann wird Bonn das Wahlresultat nicht anerkennen, oder es werden wirklich freie Wahlen stattfinden, dann wird Paris das Plebiszit ignorieren, falls es im Sinne Deutschlands ausfällt."

So sieht die Situation aus, wenn man sie realistisch betrachtet, und die Kritiker werden dem Kanzler vorwerfen, daß er in diese Sackgasse hineingeführt habe. Es ist allerdings möglich, daß die Saarfrage gar nicht auf die Tagesordnung kommt und erst durch einen Unterausschuß beraten wird. Ob man durch eine solche Verzögerungstaktik der Sache einen Dienst erwiese, steht dahin.

Was die Note an Moskau betrifft, so hat sich auch hier ein Riß zwischen Adenauer und einem Teil seiner Anhänger aufgetan, der nicht so leicht zu überbrücken sein dürfte, weil seine Ursachen im Grundsätzlichen liegen. Obwohl die russischen Absichten ganz allgemein auf Mißtrauen stoßen, hält man doch die ablehnende Antwort der Westmächte für nicht sehr geschickt und bedauert, daß die deutsche Regierung durch die vorherigen Beratungen der West-Außenminister mit Adenauer daran beteiligt ist. Jakob Kaiser vor allem vertritt hier eine Richtung, die stärker auf einen möglichen Ausgleich abzielt.

Werden diese Widersprüche dazu führen, die Außenpolitik des Kanzlers zu Fall zu bringen? Man darf es bezweifeln. Nicht nur, weil Adenauer ein geschickter Taktiker ist und seine Koalition an entscheidenden Punkten immer wieder erstaunlich fest in der Hand hat, befindet er sich in einer starken Position. Das entscheidende Gewicht liegt auf der außenpolitischen Konzeption. Der Bundeskanzler weiß genau, was er will: er nimmt die Spaltung zwischen West und Ost als unabänderlich hin und



Seite der Heimat



Halver, den 3. April 1952

Kavaliere

Es gibt keine Kavaliere mehr!

Kavaliere — das waren jene Herren, die der hold errötenden Dame mit Kratzfuß und Veilchenbukett, mit dem sorgsam getrimmten „Kaiser Wilhelm" und hübsch gedrechselten Worten den Hof machten. Das war in jenen Zeiten — die Omas können sich daran erinnern —, als die Gardeleutnants auf schneidig tänzelndem Roß der Geliebten eine Fensterpromenade machten und als der Herr Assessor Sonntags um elf im „Kött" um die Hand der Tochter des Hauses anhielt.

Heute halten die jungen Männer auch noch an — aber höchstens mit dem Motorrad vor der Haustür der Braut. Das schneidig tänzelnde Roß wurde vom schneidig knatternden Motorrad abgelöst, und es ist ein Beispiel besonders modernen Minnedienstes, wenn der Jüngling mit siebzig Sachen daherbraust, vor der Türe bremst, daß das Hinterrad nach vorn kommt, mit lässiger Miene von seinem Stahlhirsch steigt, die Zigarette vom rechten Mundwinkel in die linke Hand praktiziert, einen schrillen Pfiff von sich gibt, um sodann — mit unnachahmlicher Grazie auf dem Tank seiner Maschine liegend — die Braut zu erwarten.

Kommt sie, murmelt man als standesbewußter moderner Jüngling ein gequetschtes „Cheerio!", wirft die Zigarette haarscharf am linken Ohr der Dame vorbei, geht mit einer lässigen Flanke über den Sattel, tritt auf den Kickstarter und nimmt Platz. Wehe, die Dame sitzt nicht im nämlichen Moment bombenfest auf dem Sozius! Denn einen Atemzug später ist die Maschine bereits im dritten Gang auf siebzig Stundenkilometer. Wie gesagt, es gibt keine Kavaliere mehr. Und auch keine Veilchenbuketts und keine Kratzfüße. Schade ...

Halver

Vom Geflügelzuchtverein

Der Geflügelzuchtverein Halver hält am kommenden Samstag im Gasthof zur Post seine Jahreshauptversammlung ab. Jahresbericht, Kassenbericht und Vorstandswahl stehen auf der Tagesordnung. Außerdem wird über die zu bildende Jugendgruppe, welche am Sonntag ihre Gründungsversammlung abhält, beraten werden. Unter Punkt Verschiedenes wird von fachkundiger Seite ein Vortrag gehalten. Diese wichtige Tagesordnung dürfte Anlaß sein, vollzählig an dieser Arbeitstagung teilzunehmen.

Denkmole?

Die Fremdenverkehrsstatistik

in Nordrhein-Westfalen weist im Januar 1952 in den Fremdenverkehrsgemeinden 480 999 Fremdenübernachtungen nach, darunter 30 676 von Ausländern. Gegenüber dem Vormonat ist der saisonübliche Rückgang, insbesondere bei Heilbädern und Luftkurorten, festzustellen. Der Vergleich mit den Zahlen vom Januar 1951 (447 792 Fremdenübernachtungen, darunter 23 343 Ausländerübernachtungen) zeigt jedoch die Steigerung des Fremdenverkehrs, insbesondere auch des devisenbringenden Ausländerverkehrs.

Das Kellerwerk ist fertiggestellt

Nachdem die Firma Alte & Schröder bereits ein Wohnhaus errichtete, sind Maurer augenblicklich wieder dabei, in der Nähe des Betriebes ein Einfamilienhaus zu bauen. Nachdem die Betonfundamente und das Kellerwerk fertiggestellt sind, wird heute die erste Betondecke eingezogen. Sobald diese Decke abgebunden hat, werden die Maurerarbeiten fortgesetzt.

Sie lebte auf anderer Leute Kosten

Halversche Beherbergungsbetriebe hat eine junge Frau als Hochstaplerin unsicher gemacht. Nachdem sie ihre Rechnung beträchtlich hatte anwachsen lassen, verschwand sie heimlich, ohne an die Begleichung ihrer Schulden zu denken.

Pastor Dr. Große-Dresselhaus zum 65. Geburtstag

Heute werden die Gedanken vieler Halveraner mit ihren heimlichen Segenswünschen im Pfarrhaus an der Marktstraße weilen. An diesem Tage vollendet Pastor Dr. Friedrich Große-Dresselhaus sein 65. Lebensjahr. Er steht also mitten in jenem Jahrzehnt, das Goethe einmal das „Dezennium der Weisheit" nannte. Von diesen 65 Jahren hat der verehrte Geistliche fast ihrer vierzig allein in stets gleichem treuen Dienen der Gemeinde Halver gewidmet, die seinem reichen Suchen und Forschen auch manche heimatkundliche Belehrung verdankt. Wahrlich Grund genug für sie, seiner heute in besonderer Dankbarkeit zu gedenken.

Pastor Dr. Große-Dresselhaus wurde 1887 in Schale, Kreis Tecklenburg, geboren. Er studierte auf den Universitäten in Göttingen und Bonn. Nach dem ersten theologischen Examen (Ostern 1910 in Münster) wurde er Lehrvikar in Krombach, Kreis Siegen; nach dem zweiten theologischen Examen (Ostern 1912 in Münster) Kreisvikar wiederum in Krombach und im Jahr darauf von Mai bis Oktober Hilfsprediger in Oberaden. Seit dem 2. 11. 1913 wirkt er in Halver. Diese lange, segensreiche Tätigkeit im Bezirk unserer Gemeinde wurde nur im ersten Weltkrieg unterbrochen, als der damals Einunddreißigjährige in der Eigenschaft eines Lazarett- und Festungsgarnisonpfarrer im Jahre 1818 vorübergehend nach Glogau mußte.

Es gibt von Friedrich Rückert ein liebevolles Geburtstagslied, dem wir zwei Strophen entleihen wollen, weil sie uns gut scheinen für den verehrten Pfarrer, dem sich so viele Freunde, alte wie junge, herzlich verbunden fühlen:

Mit fünfundsechzig ist der Berg erstiegen,
wir stehen still und schau'n zurück,
dort sehen wir der Kindheit Stille liegen
und dort der Jugend lautes Glück.
Noch einmal schau, und dann gekräftigt weiter
erhebe deinen Wanderstab!
Hindehnt ein Bergesrücken sich, ein breiter,
und hier nicht, — drüben geht's hinab.

Weitere Senkung der Arbeitslosenziffer

In Halver und Schalksmühle 278 Arbeitslose

Senkung um 118 gegenüber dem Vormonat - Gesamtminderung 31 Prozent
Landwirtschaftlicher Kräftebedarf verdoppelte sich

Nach Eintritt des Tauwetters zu Beginn des Monats März 1952 nahmen das Baugewerbe, die Forstbetriebe, die Sägewerke und die Steinbrüche ihre Arbeitskräfte wieder auf. Hierdurch sank die Arbeitslosigkeit im Laufe des Monats März von 2749 auf 1893.

Während nach Ablauf des Monats März die witterungsbedingte Arbeitslosigkeit der Männer zu Ende gegangen ist, hat sich die Arbeitslosigkeit der Frauen weiter erhöht. Durch schlechte Auftragslage in der Elektro- und Radio-Industrie sowie durch Materialmangel in der Metall-Industrie konnten die Zugänge an arbeitslosen Frauen durch Stellenbesetzungen nicht aufgeholt werden. Im Monat März stieg die Zahl der arbeitslosen Frauen um 102 von 914 auf 1016. Damit liegt erstmalig im Arbeitsamtsbezirk Lüdenscheid die Arbeitslosenziffer bei den Frauen höher als bei den Männern.

Kräftebedarf der Landwirtschaft verdoppelt

Bei Beginn der Frühjahrsbestellung in der Landwirtschaft verdoppelte sich der Bedarf an männlichen Arbeitskräften, obwohl im März 45 männliche Kräfte der Landwirtschaft zugeführt wurden. Der Bedarf der Hauswirtschaft blieb trotz Vermittlung von 87 Hausgehilfinnen auf gleicher Höhe. Ein starker Anstieg des Kräftebedarfs zeigt sich im Baugewerbe als Zeichen für den Beginn der Bausaison. Sowohl für das Baugewerbe als auch für die Forstwirtschaft zum Holzeinschlag mußten bereits auswärtige Kräfte herangeführt werden. Infolge von Auftrags- und Materialmangel ging der Kräftebedarf der Industrie zurück.

Berufsgruppen mit abnehmender Arbeitslosigkeit

Neben der witterungsbedingten Abnahme der Arbeitslosigkeit in den Bau-, Forst-, Holz- und Steingewinnerberufen erscheinen unter den Berufen mit abnehmender Arbeitslosigkeit auch die Berufe der Textilhersteller und -verarbeiter, weil Kräfte eines stillgelegten Textilbetriebes berufsfremd vermittelt wurden. Die Metallberuf stehen infolge des geringen Kräftebedarfs und der schlechten Auftrags- und Materialverhältnisse in der Industrie an erster Stelle der Berufe mit zunehmender Arbeitslosigkeit.

Unterschiedliche Entwicklung im Arbeitsamtsbezirk

Die unterschiedliche Senkung der Arbeitslosenziffere ist im Bezirk Altena auf die saisonbedingte schlechtere Auftragslage der Radio-Industrie, in den Bezirken Lüdenscheid und Halver auf Entlassungen in der Elektroindustrie zurückzuführen. Der Raum Kierspe zeigt sich als besonders aufnahmefähig für die Arbeitskräfte des Baugewerbes und der Forstwirtschaft. Die in Klammern aufgeführten Zahlen geben den Stand vom 29. 2. 1952 an:

Halver und Schalksmühle	278 (396)
Kierspe, Meinerzhagen, Valbert	78 (299)
Stadt und Amt Lüdenscheid	945 (1213)
Altena, Nachrodt, Dahle	306 (331)
Plettenberg, Herscheid, Ohle	114 (282)
Werdohl und Neuenrade	172 (227)

Die Zahl der Stellenbesetzungen lag im Monat März um mehr als 200 höher als im Vormonat. An der Steigerung ist das Baugewerbe in erster Linie beteiligt. Die Zahl der Stellenbesetzungen in der Metallindustrie ist gesunken. Auf der weiblichen Seite ist die Entwicklung gleichbleibend. Auf eine offene Stelle entfallen im Arbeitsamtsbezirk zur Zeit 2,4 arbeitslose Männer und 6 arbeitslose Frauen. Von allen gemeldeten Arbeitnehmern waren im Arbeitsamtsbezirk am 31. 3. 1952 — 1,7 Prozent — der Männer und 4,1 Prozent der Frauen arbeitslos.

Der Kauf gegen Ratenzahlung

Bestimmungen des Abzahlungsgesetzes müssen beachtet werden

Halver. Seit der Währungsreform und der von da einsetzenden Geldverknappung ist es wieder üblich geworden, bei Anschaffung von teuren Gebrauchsgegenständen (Möbeln, Rundfunkgeräten, Nähmaschinen, Fahrrädern usw.), den Kaufpreis im Wege von Ratenzahlungen zu tilgen. Meist wird sich hierbei der Verkäufer durch eigenen Eigentumsvorbehalt sichern, d. h., es wird vereinbart, daß der Käufer erst nach vollständiger Bezahlung des Kaufpreises Eigentümer des Kaufgegenstandes werden soll. Da bei derartigen Raten- oder Abzahlungsgeschäften die Gefahr einer Ausbeutung des wirtschaftlich schwächeren Käufers besteht, liegt hierfür eine eingehende gesetzliche Regelung vor.

Die wesentlichen Bestimmungen des sogen. Abzahlungsgesetzes, das für den Kauf von Grundstücken sowie dann, wenn der Käufer ein im Handelsregister eingetragener Kaufmann ist, nicht gilt, sind die folgenden:

1. Geltungsbereich: Das Gesetz gilt für die eigentlichen Abzahlungsgeschäfte, bei denen die Kaufsache dem Käufer sofort übergeben wird und der Kaufpreis in von Zeit zu Zeit fällig werdenden Raten zu tilgen ist, als auch für die sog. verhüllten Abzahlungsgeschäfte, die den Kaufzweck (Eigentumserwerb des Käufers) durch eine andere Vertragsform (z. B. durch einen Mietvertrag) erreichen wollen.

A. kauft z. B. einen Rundfunkapparat zum Preise von 400 DM, der ihm sofort geliefert wird. Den Kaufpreis muß er in vier monatlichen Raten zu je 100 DM zahlen. Dieses gilt als eigentliches Abzahlungsgeschäft. — Oder: A. überläßt dem B. mietweise eine Schlafzimmereinrichtung gegen eine monatliche Miete von 30 DM. Wenn B. seine Miete pünktlich bis zu einem Betrag von 600 DM leistet, verzichtet A. auf sein Rückforderungsrecht und die Schlafzimmereinrichtung wird Eigentum des B. In diesem Falle handelt es sich um ein verhülltes Abzahlungsgeschäft.

2. Die Bestimmungen des Gesetzes im einzelnen: Wenn der Käufer seiner Ratenzahlungspflicht nicht pünktlich nachkommt, kann der Verkäufer vom Vertrage zurücktreten. Der Käufer muß ihm dann die Kaufsache zurückgeben und erhält seinerseits die bereits geleisteten Teilzahlungen zurückerstattet. Für die Abnützung, die Gebrauchsüberlassung oder eine vom Käufer verschuldete Beschädigung kann der Verkäufer eine angemessene Vergütung verlangen und hierfür einen Betrag von den dem Käufer zurückzuerstattenden Teilzahlungen abziehen.

Andere als die vorstehend aufgeführten Vereinbarungen zwischen Käufer und Verkäufer dürfen nicht getroffen werden und sind, falls sie trotzdem zustandekommen, rechtsunwirksam. Insbesondere ist die Vereinbarung unzulässig, daß bei Nichtleistung der Ratenzahlungen der Verkäufer Anspruch auf Rückgabe des Kaufgegenstandes und die bereits geleisteten Teilzahlungen habe, d. h., diese behalten dürfe. Häufig wird die Vereinbarung getroffen, daß beim Ausbleiben von Teilzahlungen der Verkäufer nun die gesamte Restschuld auf einmal verlangen dürfe. Diese Abrede ist nur wirksam, wenn der Käufer mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Raten in Verzug ist und dieser Betrag mindestens ein Zehntel des Kaufpreises ausmacht.

Rönsahl

Albert ging es hart ans Leben

Wer kennt ihn nicht, den alten Albert von Niedergogarten, ein unverfälschtes bergisches Original? Treu und brav füttert er schon seit Jahren den Viehbestand seines Dienstherrn. Wie oft er schon in seinem langen Leben die Straße bei der Wirtschaft Schröder überquerte, weiß er wohl selbst nicht. Und nun wäre ihm diese Straße beinahe zum Verhängnis geworden! Albert mit einem Laken voll Heu auf dem Rücken war mitten auf der Fahrbahn, als ihn ein in voller Fahrt befindlicher Pkw anfuhr und zur Seite schleuderte. Aber es war gut gegangen, ohne größeren Schaden kam Albert mit dem Schrecken davon.

Anhänger machte sich selbständig

Ein schwerer Lastzug mit Anhänger brachte einer Baustelle in Ober-Gogarten Hohlblocksteine. Bei der Anfahrt nach Ober-Gogarten riß die Kupplung. Der hochbeladene Anhänger rollte eine Böschung hinunter und schlug um. Ein Teil der Ladung ging zu Bruch, auch der Anhänger selbst wurde schwer beschädigt.

Prüfung bestanden

Seine Gesellenprüfung als Schreiner bestand in Lüdenscheid mit gut Dietrich Hakenbeck, Nieder-Klüppelberg, Lehrmeister Emil Strombach, Rönsahl. Wir gratulieren!

Pflicht ist Ehre genug

Nicht nur Euch selbst, der Gemeinschaft sollt Ihr dienen!

Entlassungsfeier der Bismarck- und Pestalozzischule im Jugendheim

Kierspe. Im Jugendheim Ebenstück, wo die Entlassungsjahrgänge der Pestalozzischule Kierspe-Bhf. und der Bismarck-Schule Kierspe das letzte Jahr unterrichtet wurden, hatten sich am Tage des Schulschlusses alle Entlaßkinder beider Schulen und sämtliche Lehrer zu einer Feierstunde zusammengefunden. Auch einige Eltern waren erschienen.

Nach einer musikalischen Einleitung sprach Lehrer Busch, ein Klassenlehrer des Entlaßjahrganges die Begrüßungsworte. Sein besonderer Gruß galt Amtsbürgermeister Ruhe, Pastor Stamm, den Lehrern und Eltern. Er verlas dann ein Schreiben des Schulrates, der an dieser Feierstunde nicht teilnehmen konnte und der Feier einen schönen Verlauf und den Jugendlichen viel Erfolg für ihr weiteres Leben wünschte. Diese Stunde sollte eine schöne Erinnerung für die Zukunft bleiben, sagte Lehrer Busch. Abschließend rief er den Kindern zu: Gehet in den Beruf, werdet brave, aufrechte deutsche Menschen und haltet Eure Schule in gutem Andenken.

Nach dem Liede „Brüder reicht die Hand zum Bunde" und einigen Lebensregeln von May Eyth hielt Lehrer Kruthoff, der Schulleiter der Bismarck-Schule, die Abschiedsansprache. Er sprach zu den Jungen und Mädchen von der neuen Welt, die nach dem Abschied vom Kinderdasein, Märchenland und Jugendfreiheit, ihnen ihre Tore öffne und von dem Leben, das mit reichen Versprechungen an sie herantrete. Noch seien die Eltern mit ihrer Liebe und Sorge da. Aber allmählich würden sie auf sich selbst gestellt und müßten an eigenes Schaffen denken. Die Jahre gingen viel zu schnell dahin, aber bei all ihrer Arbeit dürften sie den Schöpfer nicht vergessen. Denn es hieße „Bete und arbeite". Und wenn man es so hielte, dann würde das Schwerste leichter zu tragen sein. Nicht nur Euch selbst, auch der Gemeinschaft sollt ihr leben, so rief Herr Kruthoff den Kindern zu. Eurem Gestaltungswillen ist es überlassen, die Trümmer in unserem Vaterlande zu beseitigen. Ordnung und Gerechtigkeit müssen herrschen, damit sich eine friedliche Entwicklung anbahnen kann. Ihr habt also Pflichten Euch selbst, dem Nächsten und dem Staate gegenüber. Und Pflicht ist Ehre genug! Das Leben gilt aber nichts ohne die Treue. Es ist gleich, wo Ihr steht, aber nicht gleich, wie Ihr Eure Arbeit tut.

Nach den Worten des Schulleiters sprach ein Mädchen des Entlaßjahrganges im Namen ihrer Mitschüler den Dank an die Lehrerschaft aus. Die Sprecherin dankte ferner allen, die zur Ausgestaltung dieser Feier beitrugen.

Aus dem Halverschen „Schatzkästlein"

Denkmole?

Et es wuahl schön, wenn in eenen Duarpe Denkmole stoht, dai dai Inwuahners immer wier an fröggere Tien und dai Lü, dai hie liäwern int Gedächtnis raupet. Een Heemetfröndlöt dann siene Sinne terügge gohn un dänket no. Ower et giet ok annere Denkmole, dai me laiwer nit me sög.

Nu kömmet wier so langsam dai Tiet, wo me siek do buten wier ümme sein kann. Bolle es de Aerde wier blank; und grieun werd an allen Strükern. Nu ower op dai Denkmol terügge te kommen.

Bi diäm Sounnenschien diär lessen Dage gink iek längs dat Hägedönken. Dat es do, wo nu de Bundesbahnhuaf es. Do voll mi glik so'n Denkmol op, at se eegentlich nit me in eenen schiönen Düörpe stohn hewen söll'n. Dat es dat Hüsken, dat sou ätwas afsiets vom Hauptgebügge steeht. Eenen Ersatz füör düöse Anloge hiat me siener Tiet im Hauptgebügge mat. Dat Hüseken woar im lessen Kriege arge met'enuommen. Dai vergon säs Jahren het ouk nix dran 'ebiättert. Sou süht et ut met sienem ingefallenen Haut — woll sien Dak — as een Waisenjunge, ümme diän siek nümmes me kümmert. — Do es et doach biätter, me mat kuatten Prozeß und ritt et af.

Füör alle Utflügler, dai im Sommer Halwer wier beseuket, es dat een arger schwatter Plack op diär süs landschaftlich-schönen Visitenkate. Vielichte sind dai vam SGV un vam Verkährs-Vereen sou fröndlik un niämt siek diän Waisenjungen es unger de Lupe. F.

Versammlung der Handelsvertreter

Hagen. Am Freitag, dem 4. April 1952, spricht um 18 Uhr im Lokal „Am Kamin" in Hagen, Goldbergstr. 2, in einer Protestversammlung der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes der Handelsvertreter Düsseldorf, Kriegeskotte, zum Thema: „Der Handelsvertreter und die Westfalenhalle Dortmund!" Die Angelegenheit ist nach den vorgelegten Unterlagen der Geschäftsführung des Bezirksverbandes Hagen, der Handelsvertreter und Handelsmakler, von einer derartigen Wichtigkeit, daß der Verband seine Mitglieder dringend um ihr Erscheinen bittet. □

Der „Mückefuck" im Speisewagen

Bunte Fragestunde im Parlament — Neue Gebühren-Ordnung für Aerzte

wl. Bonn, 2. April

Genau so vielseitig wie das Aprilwetter war am Mittwoch die „Fragestunde" im Bundestag. Es gab sozusagen eine Blütenlese, vom Speisewagen-Kaffee, der Mainzer Kaiserbrücke, bis zu den diversen Straßen- und Brückenbauwünschen im Odenwald und Oberbayern.

Zur Frage der von dem SPD-Abgeordneten Ritzel beanstandeten Kaffee-Qualität in verschiedenen internationalen Speisewagen, darunter vor allem im „Rheingold", meinte Bundesverkehrsminister Seebohm, der Bundesregierung stehe keine unmittelbare Beeinflussung der Kaffee-Zubereitung in diesen Zügen zu. Auch bei den inländischen Speisewagen sei es der Bundesregierung leider nicht möglich, unmittelbar mit dem Kaffeekoch Fühlung aufzunehmen, da hierzu ihre Kompetenzen nicht ausreichten. Ritzel gab sich hiermit zufrieden, bemerkte allerdings grollend, DM 1,43 für ein Kännchen „Mucke-Fuck" im „Rheingold" seien ein wenig viel. Das Haus nahm diese mit Humor getränkten Ausführungen schmunzelnd zur Kenntnis.

Ein anderer Abgeordneter verlangte Auskunft darüber, aus welchen Gründen die spanische Regierung der Einreise von Deutschen ostentativ Schwierigkeiten in den Weg lege. Staatssekretär Hallstein erklärte darauf, diese Haltung der spanischen Regierung gehe offenbar auf den Wunsch der Besatzungsmächte zurück, die an einer Erschwerung des unmittelbaren Reiseverkehrs nach Spanien interessiert zu sein schienen.

Eine für die deutschen Aerzte wichtige Mitteilung machte Staatssekretär Ritter von Lex (Bundesinnenministerium) über die Aerzte-Gebührenordnung. Er erklärte, die Vorarbeiten zur Modernisierung der „Preußischen Gebührenordnung" (Preugo) seien abgeschlossen, so daß die Anordnung des Bundeswirtschaftsministeriums über die Anpassung der Preugo an die derzeitigen Verhältnisse in Bälde zu erwarten sei.

Die Frage des Abg. Götzendorff nach den angeblichen Evakuierungsplänen für prominente Mitglieder der Bundesregierung kam nicht zur Beantwortung, da Götzendorff abwesend war. Dadurch blieb auch seine Frage nach Maßnahmen gegen Kroupa unerledigt.

Ergänzung zu Steuergesetzen

wl. Bonn, 2. April

Der Bundestag stimmte am Mittwoch einem verfassungsändernden Gesetz zu, wonach der Bund bei der Verwaltung desjenigen Teiles der Einkommen- und Körperschaftssteuer mitwirkt, der von ihm in Anspruch genommen und von den Ländern zur Verfügung gestellt worden ist.

Weiter wurde ein Ergänzungsgesetz zum Einkommen- und Körperschaftssteuergesetz angenommen, durch das die Sperrfrist für steuerbegünstigte festverzinsliche Wertpapiere um weitere drei Jahre verlängert wird.

Verabschiedet wurde schließlich ein Vorschlag des Vermittlungsausschusses betreffend des Kriegsgräbergesetzes. Danach trägt der Bund die Kosten für etwa notwendige Umbettungen sowie für die Instandsetzung und Pflege der Kriegsgräber.

Bombenattrappe an Dr. Adenauer

dmt. Lübeck, 2. April

Einen recht taktlosen Scherz erlaubte sich ein bisher noch nicht festgestellter Lübecker, der am vergangenen Wochenende Bundeskanzler Dr. Adenauer ein Paket mit einer ungefährlichen Bombenattrappe sandte. Auf dem Paket war als Absender handschriftlich die Geschäftsstelle der CDU Lübeck vermerkt worden. Bisher konnte die Lübecker Kriminalpolizei nur feststellen, daß der Absender fingiert ist.

Ablösung Montgomerys?

dpa. London, 2. April

Für den Fall eines Ausscheidens General Eisenhowers aus dem NATO-Kommando wird in London auch mit der Ablösung des stellvertretenden Oberbefehlshabers, des britischen Feldmarschalls Lord Montgomery, gerechnet. Voraussichtlicher Nachfolger ist der Oberbefehlshaber der britischen Rhein-Armee, General Harding. Man glaubt zu wissen, daß Montgomery nicht unter einem dienstjüngeren amerikanischen Oberbefehlshaber im Amt bleiben wolle. Als Nachfolger Eisenhowers gilt der amerikanische General Gruenther.

Saarfrage wird wahrscheinlich zurückgestellt

Auswärtiger Ausschuß bildet Unterausschuß Saar

wl. Bonn, 2. April

Insgesamt 9 Stunden sind für die Donnerstagssitzung des Bundestages vorgesehen, davon drei Stunden für die außenpolitische Debatte, ebenfalls drei Stunden für die Zolldebatte und der Rest für die übrigen Tagesordnungspunkte.

Sollte der Aeltestenrat, der Donnerstagvormittag zusammentritt, im letzten Augenblick doch noch eine Erörterung der Saarfrage beschließen, womit allerdings kaum noch gerechnet wird, dürfte die außenpolitische Debatte auf vier Stunden verlängert werden. Bundeskanzler Dr. Adenauer wird in einer Rede die gesamte außenpolitische Situation unter besonderer Berücksichtigung der gesamtdeutschen Verhandlungen umreißen. Wenn es nicht zur Erörterung der Saarfrage kommt, wird die Debatte vor allem um den deutschen Verteidigungsbeitrag, die Wiedervereinigung Deutschlands, die behaupteten Mißstände beim Auswärtigen Amt und die bekannten „Ural"-Erklärungen Staatssekretär Hallsteins kreisen. Wir können versichern, daß sich der Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit vor Hallstein stellen wird.

Es ist Dr. Adenauer auch gelungen, den Auswärtigen Ausschuß am Mittwoch zu überzeugen, daß eine Debatte über die Saar im gegenwärtigen Augenblick „nur Schaden anrichten" könnte. Der Ausschuß, der gemeinsam mit dem gesamtdeutschen Ausschuß zu einer Sondersitzung zusammengetreten war, beschloß daraufhin die Einsetzung eines „Unterausschusses Saar". Man erblickt darin ein Zugeständnis der SPD an die Forderung des Bundeskanzlers, die gegenwärtigen Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Schuman abzuwarten.

Waffenstillstandsverhandlungen festgefahren

dpa. Pan Mun Jon, 2. April

Die Verhandlungen der alliierten und kommunistischen Stabsoffiziere über die Ueberwachung eines zukünftigen Waffenstillstandes in Korea sind gescheitert. Das letzte Wort der alliierten Unterhändler war, daß sie die Sowjetunion als neutrale Macht nicht anerkennen könnten. Die Geheimverhandlungen über den Gefangenenaustausch brachten nach Delegierten-Berichten „keine Fortschritte".

Peking stoppt Bakterien-Propaganda

dmt. Tokio, 2. April

Die Agentur Sichuan berichtet, daß in den seuchengefährdeten Bezirken Nordkoreas 120 000 Menschen Schutzimpfungen erhalten haben. Den Seuchenbekämpfungs-Kommandos sei es gelungen, fast alle infizierten Insekten zu vernichten, die in mehr als 400 Fällen von amerikanischen Flugzeugen abgeworfen wurden.

Es hat den Anschein, daß Peking die Bakterien-Propaganda damit zum Abschluß bringen will. Im Gegensatz zu der Sowjetunion haben weder in China noch in Korea Kundgebungen gegen den bakteriologischen Krieg stattgefunden. Die Meldung von der Vernichtung fast aller Pestinsekten zieht einen deutlichen Schlußstrich unter die von Moskau so ungeheuer aufgebauschte Aktion und soll der westlichen Welt wohl vor Augen führen, daß eine internationale Untersuchungskommission jetzt keinerlei Betätigungsfeld mehr vorfinden würde.

Wien fordert Besatzungsende

dmt. Wien, 2. April

Der Nationalrat nahm mit den Stimmen der Oesterreichischen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen eine Entschließung an, in der gegen die Fortsetzung der militärischen Besetzung des Landes protestiert wird. Vorher hatte Außenminister Gruber mitgeteilt, die Regierung werde die Vereinten Nationen anrufen, um endlich den Abschluß des Staatsvertrages zu erreichen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat sechs Schweden und einem Dänen insgesamt 3 746 Dollar Schmerzensgeld und Entschädigung zugesprochen. Ihr Reiseomnibus war bei Unterammergau (Oberbayern) von fünf angetrunkenen USA-Soldaten angegriffen worden. Sie hatten dabei Verletzungen erlitten.

Die jugoslawische Arbeitslosenunterstützung beträgt nach einem neuen Erlaß der Regierung künftig fünfzig Prozent der zuletzt bezogenen Entlohnung. Arbeitslose haben auch Anspruch auf ununterbrochene Zahlung von Kinderbeihilfen.

Die jugoslawische Luftfahrtgesellschaft „Jugoslovenski Aero Transport" (JAT) hat in Frankfurt ihre erste ständige Niederlassung in der Bundesrepublik eröffnet. Die „JAT" beflegt die Strecke Frankfurt—Belgrad dreimal wöchentlich.

Oberregierungsrat Dr. Liebig (Oberursel) ist als erster deutscher UNO-Beamter nach Genf berufen worden. Er wird handelspolitische und juristische Fragen des GATT (allgemeines Handels- und Zollabkommen von Havanna) bearbeiten.

Bonn unterstützt Katyn-Untersuchungen

50 deutsche Zeugen sollen vernommen werden

dmt. Bonn, 2. April

Die Bundesregierung hat dem Katyn-Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses in der Bundesrepublik jede Unterstützung zugesichert. Die umfangreiche Aufklärungsarbeit des Ausschusses über die Massenmorde von Katyn wird jetzt auf deutschem Boden fortgesetzt. Am 21. April sollen in Frankfurt die ersten Vernehmungen beginnen. Etwa 50 deutsche Zeugen werden vernommen.

Der Ausschuß ist besonders daran interessiert, zu wissen, warum die Erhebungen über Katyn, die in Nürnberg begonnen hatten, von der amerikanischen Regierung plötzlich eingestellt wurden, und warum die amerikanischen Unterlagen und Berichte über Katyn bisher geheimgehalten wurden. Diese Frage wird jedoch nur die amerikanische Regierung beantworten können.

Bundesländer haften für NS-Eigentum

dmt. Frankfurt, 2. April

In einer grundsätzlichen Entscheidung hat das amerikanische Berufungsgericht für Wiedergutmachungssachen festgelegt, daß die Bundesländer bis zur Höhe des Gesamtwertes des in ihren Besitz übergegangenen nationalsozialistischen Eigentums haftbar sind, d. h. daß sie für berechtigte Forderungen gegen diesen Besitz aufzukommen haben.

Diese Entscheidung wurde in einem Streitfall gefällt, in dem der Kläger für sein von der NSDAP zwangsweise erworbenes und vor dem Einmarsch der Amerikaner beim Vernichten von Parteidokumenten in Brand gestecktes Haus die Rückerstattung seines Eigentums und eine Entschädigung für die Zerstörung verlangte.

Telegramme der Saar-Opposition

dmt. Bonn, 2. April

In Telegrammen an Bundeskanzler Dr. Adenauer und die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DP und der Föderalistischen Union haben Bevollmächtigte der Opposition gegen das Saarregime um Unterstützung der Saarbevölkerung gebeten. Die Entscheidung über das künftige Schicksal der Saar dürfe nur der Bevölkerung, nicht aber dem Landtag überlassen werden.

Der Landtag von Rheinland-Pfalz verabschiedete gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben mit 654 296 000 Mark und schließt zum erstenmal in der Geschichte des Landes ausgeglichen.

Eine Siedlung in Stuttgart-Feuerbach und eine andere ECA-Siedlung bei Reutlingen sollen nach dem verstorbenen Bundeswohnungsbauminister Eberhard Wildermuth benannt werden.

Protest gegen Verwaltungsreform in Triest

Terrorwelle gegen Italiener — Auch Protest gegen Gemeindewahlrecht

dmt. Triest, 2. April

Der die Interessen Jugoslawiens unterstützende Befreiungsausschuß in Triest schickte an den UNO-Generalsekretär Trygve Lie, den jugoslawischen Außenminister Kardelj, den amerikanischen Außenminister Acheson und den britischen Außenminister Eden gleichlautende Schreiben, in denen er gegen die geplante Beteiligung Italiens an der Verwaltung der britisch-amerikanischen Zone Triests protestiert.

Der Ausschuß protestiert gleichfalls dagegen, daß die bevorstehenden Gemeindewahlen in Triest nach italienischem Wahlrecht durchgeführt werden sollen, das Listenverbindungen gestattet. Die italienischen Einwohner der von Jugoslawien besetzten Zone Triests sollen einer neuen Terrorwelle ausgesetzt sein. Wie gemeldet wird, sollen in Pirano mehrere Italiener schwer mißhandelt und Italienern gehörende Häuser von jugoslawischen Nationalisten beschädigt worden sein.

150 Millionen Kronen für Dänemark

dpa. Kopenhagen, 2. April

Die Kopenhagener Zeitung „Nationaltidende" meldet am Mittwoch, die deutsche Delegation bei der Schuldenkonferenz in London habe die Zahlung von 150 Millionen Kronen an Dänemark angeboten. Diese Summe soll Dänemark die Unkosten bei der Aufnahme deutscher Flüchtlinge zu Kriegsende ersetzen. Die ursprüngliche dänische Forderung belief sich auf 429 Millionen Kronen.

„Nacht- und Nebel"-Verfahren eingestellt

dmt. München, 2. April

Die Hauptspruchkammer München stellte das Verfahren gegen den früheren Ministerialrat Dr. Wilhelm von Ammon, der als Abteilungsleiter für Strafrechtspflege im ehemaligen Reichsjustizministerium für den „Nacht-und-Nebel-Erlaß" verantwortlich gemacht wurde, ein, da Ammon nach Ansicht der Spruchkammer nur eine untergeordnete Rolle im Reichsjustizministerium gespielt habe und die eigentlich Verantwortlichen bereits tot seien.

Schumacher wieder aktiv

dmt. Bonn, 2. April

Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD, nahm am Mittwoch zum ersten Male seit Monaten wieder an einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes seiner Partei teil. Allerdings wird Dr. Schumacher, der Dienstagabend aus Badenweiler zurückgekehrt war, sich noch schonen und sich zunächst in Bonn einer Nachkur unterziehen müssen.

Regensburg und Bamberg wollen Universitäten

München. Der bayerische Kultusminister Schwalber steht mitten im Feuer zwischen den alten bayerischen Universitäten und den Kreisen, die auf Errichtung einer vierten bayerischen Universität in Regensburg oder Bamberg bzw. eine Doppeluniversität Regensburg-Bamberg drängen.

Zunächst ist, nicht weniger als vor einem Jahre, die ganze Angelegenheit eine Geldfrage. Zuerst müssen, so meinen viele, die durch den Krieg aufs schwerste in Mitleidenschaft gezogenen Universitäten München und Würzburg wieder vollständig aufgebaut werden. Sie erkennen den vom bayerischen Staat für den Wiederaufbau seiner großen Hochschulen verausgabten 34 Millionen DM als nicht genügend an und verlangen weitere Zuwendungen. Allein für die Universität München, die sich noch notdürftig behelfen muß und erst jetzt Richtfest an der Hauptfassade an der Ludwigstraße feiern konnte, müßten etwa einhundert Millionen aufgewendet werden, um den Stand von 1939 wiederherzustellen und dadurch nach internationalem Maßstab wieder konkurrenzfähig zu sein.

Der Münchner Rektor Schmaus ist der Ansicht, es habe keinen Sinn, in bayerischen Städten neu „Zwerguniversitäten" zu schaffen, die den Namen der deutschen Universitäten in Mißkredit bringen. Seine Amtskollegen in Würzburg und Erlangen sprechen nicht anders. Dagegen läuft in den Städten Bamberg und Regensburg die Werbung für die Erhebung der dortigen philosophisch-theologischen Hochschulen zur Voll-Universität nach wie vor auf vollen Touren.

Die Errichtung einer Universität in Regensburg ist eine dringende Notwendigkeit für die wirtschaftliche Blüte Ostbayerns; der unverdienten Zurücksetzung und hundertjährigen Vernachlässigung der oberpfälzisch-niederbayerischen Grenzgebiete muß endlich ein Ende gemacht werden, heißt es auf Großkundgebungen in Regensburg. Das Rektorat der Hochschule Bamberg erklärt zu einem Offenen Brief der Bayerischen Rektoren-Konferenz, der die Errichtung einer vollgültigen Hochschule ablehnt, die Qualität des Bamberger Rechtsstudiums sei unanfechtbar und bisher niemals bezweifelt worden.



Diese Kapsel bürgt für EDELKORN in Brennerei-Abfüllung

Kornketten = Fabrikate

Wilhelm Haase Rönsahl i. Westf. Haus Roe

»SERVATIUS TROPFEN« Alter westfälischer Edelkorn

Richtig gepflegt, hochglanzgeziert:



-poliert

Schulreißzeuge
Wilh. Bell jr., Halver

Hoher-Blutdruck

Arterienverkalkung mit Schwindelanfällen, Herzbeschwerden und Kopfschmerzen sind Folgen der sich um die 40-50er Jahre einstellenden Kreislaufüberlastung, die jedoch vermeidbar sind. „Ich kenne keine Altersbeschwerden mehr" schreibt Herr E. Menken, Bielefeld, „und fühle mich nach Gebrauch der „Immer jünger" Knoblauch-Beeren wieder sehr wohl"! Darum rechtzeitig d. kreislaufwirksamen

„Immer jünger" Knoblauch-Beeren In der grünen Packung



und praktische Ostergeschenke finden Sie bei

Ernst Bergmann
HALVER · Telefon 510

SINGER
Nähmaschinen
Verkaufsstelle Hagen Mittelstr. 2 Ruf 6885

Bekanntmachung

Die Fischerei in den gemeinschaftlichen Fischereibezirken der Gemeinde Kierspe

a) Schleipebach,
b) Kierspebach (Halzenbach)
c) Lingesebach,
d) Felderbach,

wird am Donnerstag, dem 10. April 1952, 16 Uhr, in der Gastwirtschaft Benninghaus in Kierspe, Fr.-Ebert-Straße, auf die Dauer von 12 Jahren öffentlich meistbietend verpachtet. Die Pachtbedingungen werden im Versteigerungstermin bekanntgegeben. Sie können auch gegen Ueberweisung einer Verwaltungsgebühr von 2 DM bei der Amtsverwaltung Kierspe angefordert werden.

gez. Barthold, **Amtsdirektor.**

Öffentliche Ausschreibung!

Für den Wohnhausneubau auf dem Gelände der Landwirtschaftsschule Lüdenscheid, Sedanstraße 7, werden die Erd-, Maurer-, Innen- und Außenputz-, Fliesen-, Asphalt-, Beton- und Stahlbeton-, Zimmerer-, Schreiner-, Treppenbau-, Dachdecker-, Klempner-, Schlosser-, Linoleum-, Elektro-Installation-, Zentralheizung-, sanitäre Installation-, Anstreicherarbeiten und Blitzschutzanlage öffentlich ausgeschrieben.

Angebotsunterlagen können beim Kreisbauamt in Altena, Gerichtsstraße 18 — solange der Vorrat reicht — gegen Entrichtung einer Gebühr von 1,— DM in Empfang genommen werden; dort sind auch die Zeichnungen einzusehen. Die mit Preisen versehenen Angebote sind bis zu den Eröffnungsterminen am 15. und 16. April 1952 in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift:

„Angebot Wohnhaus Lüdenscheid, Sedanstraße 7"

bei dem Kreisbauamt in Altena abzugeben. Die Angebote werden im Beisein etwa erschienener Anbieter geöffnet.

Altena, den 1. April 1952. **Der Oberkreisdirektor.**